

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 13. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 30.01.2017:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages am 19.12.2016	anerkannt	
2.	Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
2.1.	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 13.12.2016: Umbesetzung von Ausschüssen	277/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 7
2.2.	Bestellung eines Vertreters des Rhein-Sieg-Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "civitec" Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	278/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 7
3.	Gründung einer Metropolregion Rheinland und Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Metropolregion Rheinland e.V.	281/17 Zustimmung	MB ./ LINKE, AfD, 2 GRÜNE, 6 E. Seite 13
3.1	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 23.01.2017: Keine Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises in der Metropolregion Rheinland	280/17 Ablehnung	MB ./ LINKE, AfD, 7 GRÜNE, 1 FUW/Piraten, E. SPD, 2 E. GRÜNE, Seite 12
4.	Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
5.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 13. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 30.01.2017:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:05 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 19.01.2017
Einladungsnachtrag vom: 26.01.2017

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

Herr Sebastian Schuster

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron
Frau Renate Becker-Steinhauer
Herr Dr. Torsten Bieber
Herr Norbert Chauvistré
Frau Brigitte Donie
Herr Christoph Fiévet
Herr Franz Gasper
Frau Katharina Gebauer
Herr Jörg Erich Haselier
Herr Hans-Peter Höhner
Herr Ivo Hurnik
Frau Silke Josten-Schneider
Herr Marcus Kitz
Herr Oliver Krauß
Frau Gabriele Kretschmer
Herr Joachim Kühlwetter
Frau Notburga Kunert
Frau Sigrid Leitterstorf
Herr Oliver Roth
Herr Josef Schäferhoff
Herr Martin Schenkelberg
Herr Raimund Schink
Herr Matthias Schmitz
Herr Christian Siegberg
Herr Michael Solf
Herr Michael Söllheim
Herr Andreas Sonntag
Herr Helmut Weber

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht
Frau Gisela Becker
Herr Harald Eichner
Frau Stefanie Göllner
Herr Folke große Deters
Herr Sebastian Hartmann
Herr Volker Heinsch
Frau Veronika Herchenbach-Herweg
Frau Ute Krupp
Frau Nicole Männig
Frau Cornelia Mazur-Flöer
Frau Joline Piel
Herr Udo Scharnhorst
Herr Björn Seelbach
Frau Susanne Sicher
Frau Ursula Studthoff
Herr Dietmar Tendler
Herr Achim Tüttenberg
Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Michaela Balansky
Frau Johanna Bientreu
Frau Gabi Deussen-Dopstadt
Frau Edith Geske
Herr Edgar Hauer
Herr Burkhard Hoffmeister
Frau Irmhild Schaffrin
Herr Ingo Steiner
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Christoph Cáceres Ayllón
Frau Renate Frohnhöfer
Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann
Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty
Frau Nicole Westig

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Frank Kemper
Herr Michael Lehmann
Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Norbert Klein
Herr Ralf-Udo Rothe
Herr Vladimir Skoda

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten

Frau Maria Luise Streng

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Schritfführer

Herr Dirk Kassel

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU:

Herr Jürgen Becker

Herr Klaus Döhl

Herr Björn Franken

Herr Dr. Josef Griese

Frau Hildegard Helmes

Herr Tim Salgert

Kreistagsabgeordnete SPD:

Frau Bettina Bähr-Losse

Herr Paul Lägel

Kreistagsabgeordnete GRÜNE:

Frau Alexandra Gauß

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten:

Frau Anja Moersch

Kreistagsabgeordnete NPD:

Frau Ariane Meise

Unentschuldigt fehlten:

Vertreter/innen der Verwaltung:

KD´in Heinze

Ltd. KVD Jaeger

Ltd. KVD´in Udelhoven

Dezernent Schwarz

Dezernent Wagner

Kreiswirtschaftsförderer Dr. Tengler

Ltd. Veterinärdirektor Dr. Hanns von den Driesch

Pressereferentin Lorenz

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

VA Ommerborn

VA Rellecke

Vertreter der Presse

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
---	--

Der Landrat eröffnete die 13. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Anwesenden zur heutigen Sondersitzung.

Er gratulierte der Abg. Maria Luise Streng, der Abg. Bettina Bähr-Losse und dem Abg. Michael Otter zu ihren „runden“ Geburtstagen. Dem Abg. Christoph Fiévet gratulierte der Landrat zu seinem heutigen 57. Geburtstag.

Der Abg. Becker-Steinhauer gratulierte der Landrat zu ihrer 10- jährigen Mitgliedschaft im Kreistag und überreichte ihr ein Präsent.

Sodann nahm der Landrat Bezug auf die Einladung vom 19.01.2017, den Einladungsnachtrag vom 26.01.2017 sowie auf die Tischvorlagen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.01.2017 zu Tagesordnungspunkt 3 und die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.01.2017 „Umsetzung der Stallpflicht für Rassegeflügel“ zur heutigen Sitzung.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Der Landrat fragte, ob es weitere Wünsche zur Tagesordnung gebe. Das war nicht der Fall. Anschließend stellte er fest, dass Einvernehmen zur Tagesordnung bestand.

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
1	Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages am 19.12.2016	

Einwendungen lagen nicht vor. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
2.1	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 13.12.2016: Umbesetzung von Ausschüssen	

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 19.01.2017.

B.-Nr.
277/17

Der Kreistag beschließt nachfolgende Neubesetzung im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus:

Der Sachkundige Bürger (SkB) Arvid Ellenberger wird anstelle des SkB Thomas Matzke ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

2.2	Bestellung eines Vertreters des Rhein-Sieg-Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "civitec" Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 19.01.2017.

B.-Nr.
278/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Frau Ltd. KVD' in Svenja Udelhoven wird als Vertreterin des Rhein-Sieg-Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „civitec“ Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung bestellt.

2. Die Bestellung von Herrn Ltd. KVD Bernd Carl als Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „civitec“ Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung wird widerrufen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3	Gründung einer Metropolregion Rheinland und Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Metropolregion Rheinland e.V.	
---	--	--

Abg. Tandler bat um eine 15-minütige Sitzungsunterbrechung, da man den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion erst am Freitag, 27.01.2017, erhalten habe und in seiner Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt noch Beratungsbedarf bestehe. Bedenken hierüber wurden durch die Kreistagsmitglieder nicht geäußert. Sodann unterbrach der Landrat die Kreistagssitzung für 15 Minuten.

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wies der Landrat darauf hin, dass er die Beschlussfassung des Kreistages im Dezember 2016 in dieser Angelegenheit unterstützt habe, da planmäßig keine Kreistagssitzung zwischen dem Termin der Vollversammlung am 10. Januar 2017 und der Gründungsversammlung am 20. Februar 2017 vorgesehen gewesen sei. Er habe gehofft, dass der Rhein-Sieg-Kreis sich in der Frage bezüglich der Vollmitgliedschaft des Kreises Wesel und der Stadt Duisburg durchsetzen könne. In der Zwischenvollversammlung am 10. Januar habe sich schließlich eine Mehrheit für eine Vollmitgliedschaft des Kreises Wesel und der Stadt Duisburg ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund habe er sich veranlasst gesehen, eine Sondersitzung des Kreistages einzuberufen. Über die Notwendigkeit der Gründung einer Metropolregion Rheinland sowie über die Schwächen und Fehler beim Strukturierungsprozess sei ausreichend diskutiert worden. Er sei der Meinung, der Rhein-Sieg-Kreis könne es sich aufgrund seiner Bedeutung und seiner Größe nicht leisten, in dieser Angelegenheit außen vorzubleiben. Zudem sei es dringend erforderlich, diese Metropolregion zu gründen.

Abg. Dr. Bieber sagte, der Ergänzungsantrag seiner Fraktion sei so zu verstehen, dass er kumulativ zum Verwaltungsvorschlag abgestimmt werden solle.

Abg. Tandler merkte an, seine Fraktion habe bereits verdeutlicht, dass der Rhein-Sieg-Kreis als einer der größten Kreise in Nordrhein-Westfalen der Metropolregion Rheinland angehören müsse. Im Nachhinein betrachtet sei es ein Fehler gewesen, die Stadt Duisburg und den Kreis Wesel durch Kreistagsbeschluss im Dezember 2016 nicht berücksichtigt zu haben. Eine Mitgliedschaft der beiden Kommunen in der Metropolregion Rheinland halte er schon aufgrund ihrer großen Bedeutung – Duisburg mit dem größten Binnenhafen Europas und Wesel als Hansestadt - für notwendig.

Abg. Tandler zitierte aus dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.01.2017: „Die Gebietszuordnung der Städte und Gemeinden in den Metropolregionen darf nicht überlappen; Doppelmitgliedschaften sind auszuschließen.“ Das bedeute, die CDU-Kreistagsfraktion schiebe einerseits die Verantwortung in den Landtag; andererseits wolle man in der heutigen Kreistagssitzung beschließen, dass der Kreis Wesel und die Stadt Duisburg in die Metropolregion Rheinland hineingehörten. In der Forderung der CDU-Kreistagsfraktion erkenne er einen Widerspruch. In dem Antrag fordere man darüber hinaus mittelfristig Untersuchungen, ob die Landschafts- und Regionalverbände mit den Metropolregionen verschmolzen werden könnten, um einen schlankeren Verwaltungsaufbau zu erreichen. Daraus lasse sich die Abschaffung des Landschaftsverbandes und der Bezirksregierung interpretieren.

Mit dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion erteile man dem Landtag einen Prüfauftrag, der mit dem heutigen Beschluss zur Metropolregion Rheinland gefasst werden solle. Dies könne die SPD-Fraktion nicht mittragen. Aus diesem Grund bat der Abg. Tandler um eine gesonderte Abstimmung des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion und der Beschlussvorlage der Verwaltung.

Abg. Otter sagte, seine Fraktion und die Gruppe im Kreistag FUW/Piraten hätten einen gemeinsamen Antrag zu diesem Thema gestellt, der zu diesem Tagesordnungspunkt bzw. sogar zur Durchführung dieser Sondersitzung geführt habe, da das Verhandlungsergebnis nun nicht mehr durch den bereits gefassten Kreistagsbeschluss gedeckt sei. Bezüglich des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion stellte er fest, dass dieser Probleme aufzeige, indem versucht werde, die Verantwortung der Doppelmitgliedschaft der Stadt Duisburg und des Kreises Wesel auf das Land Nord-

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

rhein-Westfalen zu übertragen. Er könne nicht nachvollziehen, dass einerseits das Bundesland Nordrhein-Westfalen einen Prüfauftrag erhalten solle und andererseits der Rhein-Sieg-Kreis ein Gründungsmitglied der Metropolregion werde. Den Beitritt zur Metropolregion hätte der Rhein-Sieg-Kreis in der regulären Kreistagssitzung im April 2017 beschließen können.

Weiter betonte Abg. Otter, dass seine Fraktion und die Gruppe im Kreistag FUW/Piraten von der gesamten Neustrukturierung nichts hielten. Der Aufbau des Vereins Metropolregion Rheinland e.V. sei intransparent und die in dem Verein vertretenen Kammern hätten eine zu große Einflussmöglichkeit. Das sei für sie keine Form von demokratischer Legitimierung.

Die im Antrag der CDU-Kreistagsfraktion thematisierte neue Struktur der Metropolregion Rheinland habe die Folge, dass man die Konstellationen in einer gemeinsamen Struktur vereinheitliche. Hier stelle sich die Frage der demokratischen Legitimation und Beaufsichtigung. Gegen diese Entwicklung werde man sich wehren.

Der Landrat bemerkte, dass der Rhein-Sieg-Kreis sich in diesem Falle bei 35 Mitgliedern völlig isoliere und von den 35 Mitgliedern die einzige Kommune sei, die an der Gründungsveranstaltung am 20. Februar 2017 nicht teilnehme. Darüber hinaus würden am 20. Februar 2017 der große Vorstand und der geschäftsführende Vorstand gewählt. Der Rhein-Sieg-Kreis werde sich durch eine Nichtmitgliedschaft die Möglichkeit nehmen, in den benannten Gremien vertreten zu sein.

Abg. Dr. Bieber verwies auf die Gespräche in den Ausschüssen und in der Sitzung des Kreistages, die gezeigt hätten, dass eine Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises zum Metropolregion Rheinland e.V. von Zweckmäßigkeit Gesichtspunkten beeinflusst werde, weil bei einer Abwägung die Vorteile einer Mitgliedschaft gegenüber den Nachteilen einer Nichtmitgliedschaft überwiegen. Bezüglich des Antrags seiner Fraktion erläuterte er, es gebe qualitativ einen Unterschied zwischen einem Verein wie dem Metropolregion Rheinland e.V. und einer gesetzlichen Absicherung. In dem Verein Metropolregion Rheinland e.V. gelte es lediglich, das Vereinsrecht zu beachten. Anders verhalte es sich – diese Befürchtungen bestehen – wenn ein solcher Verein mittelfristig in ein gesetzliches Konstrukt wie den Regionalverband Ruhr überführt werde, bei dem dann demokratische Gegebenheiten einzuhalten seien. Nur für den Fall, dass der Landtag sich damit beschäftige, müsse er einige Punkte mitbedenken.

Weiter bemerkte Abg. Dr. Bieber, dass die in dem Antrag seiner Fraktion aufgeführten Punkte im Konjunktiv geschrieben seien. Wer diese Aufgabe nicht als Landesaufgabe definiere, nehme in Kauf, dass sich die Verwaltung in NRW kontinuierlich weiter aufblähe, keine klaren Zuständigkeiten bestünden und durch eine Vermengung der Zuständigkeiten die Verantwortung geteilt werde. Die Folge sei, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht zuordnen könnten, wer für was zuständig ist und die Verantwortung übernehme. Das trage seine Fraktion nicht mit. Seine Fraktion erwarte bei der Schaffung gesetzlicher Regelungen durch die Landesregierung eindeutige Zuständigkeiten, klare Verantwortung und eine Reduzierung von Verwaltungskosten.

Abg. Dr. Fleck sagte, im Rahmen des diesjährigen Neujahrsempfanges habe der Landrat im Hinblick auf die Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Metropolregion Rheinland e.V. von der Schaffung attraktiver Arbeitsplätze gesprochen und bat um eine weitere Ausführung hierzu.

Der Landrat antwortete, die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg habe eine Sonderbroschüre zu diesem Anlass herausgegeben, die belege, welche wirtschaftliche Bedeutung die künftige Metropolregion in Deutschland habe. Er werde die Broschüre dem Abg. Dr. Fleck zukommen lassen.

Abg. Steiner sagte, die Politik sei in den Gründungsprozess zur Metropolregion Rheinland zu spät eingebunden worden. Zudem habe man mit dem Ziel, diesen Prozess bis zur kommenden Landtagswahl abzuschließen, einen Zeitdruck aufgebaut. Durch die Doppelmitgliedschaft des Kreises Wesel und der Stadt Duisburg in der Metropolregion Rheinland würden diesen nunmehr hinsichtlich der Akquise von Fördergeldern zusätzliche Möglichkeiten eingeräumt. So bestehe für sie je nach Attraktivität die Akquise von Fördermitteln über die Metropolregion Rhein-Ruhr oder über die Metropolregion Rheinland.

Ziel der beiden Regierungspräsidentinnen sei, neben der Gründung einer Metropolregion auch die Mittelebene neu zu strukturieren. Dieses Ziel verfolge ebenfalls die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in der kommenden Wahlperiode. Es stelle sich dabei die Frage, ob die Landschaftsverbände und die Regionalräte abgeschafft würden. Erfolge in dieser Hinsicht keine Änderung, gebe es einen weiteren Verein Metropolregion Rheinland e.V., der versuche, Fördermittel in Brüssel zu erhalten. Weiter führte Abg. Steiner aus, dass sich anhand der Wahl zur Vollmitgliedschaft des Kreises Wesel und der Stadt Duisburg gezeigt habe, dass die IHK mit ihren Interessen als Nichtregierungsorganisation und ohne demokratische Legimitation wie beispielsweise Räte und Kreistage mit einem Drittel in der Gründungsversammlung die Entscheidungen beeinflussen. Solange der Vereinsstatus bei der Metropolregion Rheinland bestehen bleibe, sei das nicht schädlich. Das Projekt sei aber zum Scheitern verurteilt. Der Regionalverband Rhein-Ruhr besitze hingegen einen demokratisch organisierten Regionalverband mit großer Außenwirkung.

Bezüglich einer Nichtmitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Metropolregion Rheinland e.V. wies der Abg. Steiner auf das Ausgrenzungsproblem hin. Durch einen späteren Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises verliere man Einflussmöglichkeiten über die Gremien.

Das sei ein Grundeindruck, der durch den Gründungsprozess entstanden sei und dem man sich beugen müsse. Zudem verursache er viele Probleme hinsichtlich der Überzeugung bei den einzelnen Fraktionsmitgliedern.

Abg. Dr. Lamberty bemerkte, dass eine ausführliche Diskussion zu dieser Thematik in den Ausschüssen und in der Sitzung des Kreistages nicht erfolgt sei. Durch die Hauptverwaltungsbeamten sei die Politik zudem unter Druck gesetzt worden.

Seine Fraktion habe hinsichtlich der Zustimmung zu einer Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises ebenfalls die Vor- und Nachteile abgewogen und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass der Nutzen einer Mitgliedschaft überwiege. Sodann verwies er auf die Präambel der Satzung des Vereins, aus der hervorgehe, dass man zügig durch konkrete Projekte und Maßnahmen einen Mehrwert für die Region und für die Menschen schaffe. In drei Jahren werde das evaluiert. So lange die Metropolregion den Vereinsstatus behalte und nicht in die kommunalrechtlichen Pflichten, Rechte und Möglichkeiten eingreife, solle man die Möglichkeit einer Mitgliedschaft nutzen.

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Würde der Verein zu einer zusätzlichen Verwaltungsebene weiterentwickelt werden, müsse streng genommen im Hinblick auf die Sicherstellung des Demokratieprinzips die Mitgliedschaft der Industrie- und Handelskammern beendet werden. Das könne lediglich auf Basis demokratisch gewählter Abgeordneter oder Mandatsträger erfolgen.

Seine Fraktion unterstütze ausdrücklich den Antrag der CDU-Fraktion. Er habe bereits in der vergangenen Kreistagssitzung für eine Reform der Verwaltungsebenen appelliert. Man benötige in Nordrhein-Westfalen eine Verschlankung der Verwaltung.

Bezüglich der durch den Landrat beschriebenen Notwendigkeit einer heutigen Beschlussfassung sagte Abg. Otter, dass der Rhein-Sieg-Kreis offensichtlich keine Wertschätzung erfahre, wenn er zu einem späteren Zeitpunkt dem Verein beitrete und keine Rücksicht darauf genommen werde, was die Besetzung des Vorstandes oder anderer Gremien des Vereins angehe. Andererseits werde der Beitritt des Kreises Wesel und der Stadt Duisburg von anderen sehr hoch eingeschätzt, zumal man mit der Beschlussfassung abgewartet habe, bis die entsprechenden Beschlüsse für eine Vollmitgliedschaft der beiden Kommunen gefasst worden seien.

Hinsichtlich der Aussagen seines Vorredners Abg. Dr. Lamberty sagte der Abg. Otter, es müsse eine demokratische Struktur zugrunde gelegt werden, die diese Verwaltung entsprechend kontrolliere. Darüber hinaus störe es ihn, dass die Metropolregion der Politik als eine Art Agentur verkauft worden sei, die Projekte mit Fördermitteln organisiere. Entstanden sei eine übergroße Struktur, die nicht funktioniere. Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sei das nicht vertretbar.

Bezüglich des Redebeitrages des Abg. Dr. Lamberty entgegnete der Abg. große Deters, zum Thema Metropolregion sei relativ ausführlich gesprochen worden. Jedoch sei bisher nicht ausführlich über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion gesprochen worden, der nach eigenem Bekunden des Abg. Dr. Bieber nichts mit der heutigen Entscheidung zu tun habe, da der Antrag seiner Fraktion sich auf eine zukünftige mögliche gesetzgeberische Klarstellung zum Thema Metropolregion beziehe.

Aus diesem Grund wolle er dringend noch einmal betonen - was im Vorfeld angesprochen worden sei - dass seine Fraktion darum bittet, diese beiden Anträge getrennt voneinander abgestimmt zu lassen, da beide Anträge nichts miteinander zu tun hätten. Stimme der Antragsteller einer getrennten Abstimmung nicht zu, würde seine Fraktion darauf verweisen, dass es sich um einen Geschäftsordnungsantrag handele, der vor der Sachentscheidung abzustimmen wäre.

Weiter merkte der Abg. große Deters an, die Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen seien schlank und effizient. Aus diesem Grund sei eine Debatte um eine Verschlankung entbehrlich.

Abg. Kemper bezog sich auf den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und sagte, was in dem Antrag mit Verschmelzung umschrieben werde, laufe auf die Abschaffung bewährter demokratischer Strukturen hinaus. Den engagierten und kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landschafts- und Regionalverbänden sowie in den Bezirksregierungen werde damit jede Wertschätzung für ihre Arbeit verweigert. Es stelle sich die Frage, weshalb bestehende und funktionierende Institutionen in neu zu schaffenden Metropolregionen verschmolzen würden. Der einzige nachvollziehbare Grund sei der Ausbau des Einflusses der wirtschaftsnahen Kammern, die beispielsweise in der neu zu schaffenden Metropolregion knapp ein Drittel der Sitze

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

erhalten solle, ohne hierfür eine Wählerstimme zu benötigen.

Darüber hinaus verwies der Abg. Kemper auf den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, wonach sie einerseits die Landesregierung auffordere, Doppelmitgliedschaften in der Metropolregion auszuschließen. Andererseits befürworte sie eine Mitgliedschaft in der Metropolregion Rheinland trotz der vorhandenen Doppelmitgliedschaften. Das sei nicht schlüssig, zumal sie in der vergangenen Kreistagssitzung am 19.12.2016 das Gegenteil mitbeschlossen hätten.

Abg. Skoda bemerkte, aus den Äußerungen der Fraktionen sei ersichtlich, dass alle politischen Akteure im Kreistag große Bedenken gegen eine zusätzliche Verwaltungsstruktur bezüglich ihrer Effizienz und ihrer Kosten hätten. Er sei der Auffassung, die Fraktion DIE LINKE habe die Argumente gegen eine Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Metropolregion Rheinland e.V. sehr gut zusammengefasst. Seine Fraktion werde den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten unterstützen. Bezüglich des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion sagte Abg. Skoda, ein Appell an den Landtag hinsichtlich einer Vereinfachung der Verwaltungsstruktur sei sinnvoll.

Darüber hinaus sei es ein Zeichen, wenn sich ein so großer Kreis wie der der Rhein-Sieg-Kreis weigern würde, an dieser zusätzlichen Ebene mitzuwirken.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Sodann ließ der Landrat über den Geschäftsordnungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion hinsichtlich einer getrennten Abstimmung des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.01.2017 und der Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen.

B.-Nr.
279/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion bezüglich einer getrennten Abstimmung des Antrages der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.01.2017 und der Beschlussvorlage der Verwaltung wird abgelehnt.

Abst.-
Erg.:

MB ./ SPD, LINKE, 1 E. FUW/Piraten, 1 E. AfD

Der Landrat sagte, dass er den in Tagesordnungspunkt 3.1 aufgeführten Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten unter diesem Tagesordnungspunkt zu Abstimmung stelle. Anschließend erfolgte die Beschlussfassung.

B.-Nr.
280/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten wird abgelehnt.

Abst.-
Erg.:

MB ./ LINKE, AfD, 7 GRÜNE, 1 FUW/Piraten, E. SPD, 2 E. GRÜNE

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Anmerkung des Schriftführers:

In der Kommentierung von Held/Becker/Decker zur Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zu § 35 Absatz 5 Kreisordnung NRW wird für den Fall der Nichtbeteiligung an einer Abstimmung auf Seite 9 Ziffer 3, Buchstabe c) ausgeführt:

Nach § 35 Abs. 5 KrO NRW zählen bei allen Abstimmungen, Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zur Berechnung der Mehrheit nicht mit. Auch die Nichtbeteiligung an einer Abstimmung ist, zumindest bei einer bewussten und erkennbaren Nichtbeteiligung (was auch den Fall der Nichtabgabe eines Stimmzettels bei einer Wahl erfasst), als Enthaltung zu werten; dies gilt, solange das betreffende Kreistagsmitglied anwesend i.S.d. § 34 Abs.1 Satz 1 KrO NRW ist (vgl. die h.M., Geiger, in: Articus/Schneider, Gemeindeordnung NRW, § 50 Ziff. 6, Wagner, in: Kleerbaum/Palmen, Gemeindeordnung NRW, § 50 II. Nr. 4). Will ein Kreistagsmitglied seine Nichtbeteiligung an einer Abstimmung erreichen, muss es den Sitzungsraum vor der Abstimmung verlassen.“

Demnach ist das Verhalten der SPD-Kreistagsfraktion bei der o.g. Beschlussfassung als Enthaltung zu werten.

Dann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag der Verwaltung kumulativ mit dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.01.2017, erweitert durch Ziffer 3 in der Beschlussvorlage, abstimmen.

B.-Nr.
281/17

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Rhein-Sieg-Kreis soll auf der Basis der Ergebnisse der Metropolregion-Rheinland-Vollversammlung am 12.01.2017 sowie auf der Basis der Satzung des Vereins „Metropolregion Rheinland e.V.“ (Entwurfsstand: 12.01.2017) Mitglied im zukünftigen Metropolregion Rheinland e.V. werden.
2. Der Landrat soll bis zum 16.02.2017 die geforderte formale Beitrittserklärung für den Rhein-Sieg-Kreis gegenüber den Regierungspräsidentinnen Köln und Düsseldorf abgeben, damit der Rhein-Sieg-Kreis in der Gründungsversammlung am 20.02.2017 Gründungsmitglied im Metropolregion Rheinland e.V. wird.
3. Dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.01.2017 wird zugestimmt.

Anmerkung des Schriftführers:

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 27.01.2017 ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Abst.-
Erg.:

MB /J. LINKE, AfD, 2 GRÜNE, 6 Enthaltungen

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Tandler sagte, er wolle für die SPD-Kreistagsfraktion bezüglich des Abstimmungsverhaltens eine persönliche Erklärung abgeben:

Seine Fraktion habe diesem Antrag zugestimmt, da er die Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises zur Metropolregion beinhalte. Seine Fraktion habe deutlich erklärt, dass sie den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion ablehne. Im Nachhinein könne er nicht verstehen, warum der Landrat diesen Antrag nicht hatte getrennt abstimmen lassen. Er halte das für undemokratisch.

Der Landrat erwiderte, der Kreistag habe mehrheitlich den Beschlussvorschlag der Verwaltung, erweitert um den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion als Ziffer 3 zugestimmt. Demnach sei der Tagesordnungspunkt erledigt.

Abg. Streng bemerkte, aufgrund der Tatsache, dass eine Fraktion bei der Abstimmung ohne Ankündigung nicht mitgestimmt habe, sei kein demokratisches Abstimmungsverhältnis erreicht worden und fragte, wie das Stimmverhältnis berechnet werde.

Der Landrat sagte, es könne niemand zur Teilnahme an einer Abstimmung gezwungen werden.

3.1	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 23.01.2017: Keine Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises in der Metropolregion Rheinland	
-----	---	--

Hinweis des Schriftführers:

Die Beschlussfassung ist unter TOP 3 aufgeführt.

4	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Der Landrat verwies auf die Anfragen des Abg. Dr. Fleck vom 24.01.2017 „Genehmigung der fürstlichen Gehälter der Chefs der Kreissparkasse Köln – Mit Zustimmung der Verwaltungsratsmitglieder aus den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises“ und „Anschlussvereinbarung mit der Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V.“ und teilte mit, dass die Beantwortung der Verwaltung gesondert nachgereicht werde.

Hinweis des Schriftführers:

Die Beantwortung der Anfragen ist als Anlage 2 und 3 der Niederschrift beigelegt.

Die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 30.01.2017 „Umsetzung der Stallpflicht für Rassegeflügel“ wurde durch den Ltd. Veterinärdirektor von den Driesch beantwortet.

Der Landrat sagte, dass die Antwort zur Anfrage gesondert der Niederschrift beigelegt werde.

Hinweis des Schriftführers:

Die Beantwortung der Anfrage ist als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt.

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Zur weiteren Anfrage des Abg. Dr. Fleck bezüglich der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen bat der Landrat, diese schriftlich einzureichen. Abg. Dr. Fleck stimmte dem zu.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Sodann beendete der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kreishaus

27.01.2017

53721 Siegburg

nachrichtlich:

Fraktionen/Gruppen

Ergänzender Antrag zur Sondersitzung Kreistag

Sehr geehrter Herr Landrat,
die CDU-Kreistagsfraktion stellt folgenden Antrag zu TOP 3 der Sondersitzung des Kreistages am 30.01.2017:

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises erkennt die Stärkung des Rheinlands als eine der wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichsten Regionen in Deutschland und in Europa durch die Bildung des Metropolregion Rheinland e.V. an.

Es ist zu befürchten, dass eine weitere Verwaltungsebene zu einer Lähmung von Politik und Verwaltung führen könnte. Im Sinne einer schlanken Verwaltung ist es aus unserer Sicht erforderlich, dass die Bildung einer neuen Verwaltungsebene in Nordrhein-Westfalen mit den Metropolregionen Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen auch mit einer Straffung der Verwaltungsebenen einhergeht, um von Beginn an Reibungsverluste durch überschneidende Kompetenzen und abweichende Gebietsregelungen zu vermeiden. Ziel sollte dabei ein maximal dreistufiger Verwaltungsaufbau unter Verzicht auf weitere Verwaltungsebenen sein.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte fordern wir daher den Landtag auf, bei einer zukünftigen gesetzlichen Absicherung des Metropolregion Rheinland e.V. folgende klarstellende Regelungen zu beschließen:

- Die Gebietszuordnung der Städte und Kreise in den Metropolregionen darf nicht überlappen; Doppelmitgliedschaften sind auszuschließen.
- In einer Organisationsuntersuchung sollte geprüft werden, ob mittelfristig die Bezirksregierungen sowie die Landschafts- und Regionalverbände mit den Metropolregionen verschmolzen werden können, um in Nordrhein-Westfalen zu einem schlankeren Verwaltungsaufbau zu kommen, der dem anderer Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Mit freundlichen Grüßen,
gez.
Dr. Torsten Bieber
Marcus Kitz

f.d.R. Andreas Grünhage

Der Landrat
Dezernat 7

Siegburg, den 30.01.2017

An Herrn KTA
Dr. Helmut Fleck

nachrichtlich:
CDU-Kreistagsfraktion
SPD-Kreistagsfraktion
GRÜNE-Kreistagsfraktion
FDP-Kreistagsfraktion
LINKE-Kreistagsfraktion
Gruppe FUW / Piraten
sowie Einzelabgeordnete im Kreistag

Anfrage vom 24.01.2017 „Genehmigung der fürstlichen Gehälter der Chefs der Kreissparkasse“ vom 24.01.2017 (Anhang)

Sehr geehrter Herr Dr. Fleck,

gemäß § 16 Absatz 1 SpkG NRW sind die Sitzungen des Verwaltungsrates nicht-öffentlich, die nächste Sitzung des Verwaltungsrates ist für den 20.02.2017 geplant.

Ich weise darauf hin, dass ich gemäß § 10 Absatz 4 SpkG NRW als Hauptverwaltungsbeamter des Zweckverbandsmitglieds Rhein-Sieg-Kreis lediglich mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilnehme.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses der Kreissparkasse Köln beschließt gemäß § 8 Absatz 2 g) SpKG der Träger, vorliegend der Zweckverband für die Kreissparkasse Köln über die dortige Verbandsversammlung.

Eine Übersicht über die Ausschüttungsbeträge und den jeweiligen Anteil des Rhein-Sieg-Kreises ist nachstehend aufgeführt:

Gewinnausschüttungen Kreissparkasse Köln

(brutto, vor Abzug Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag)

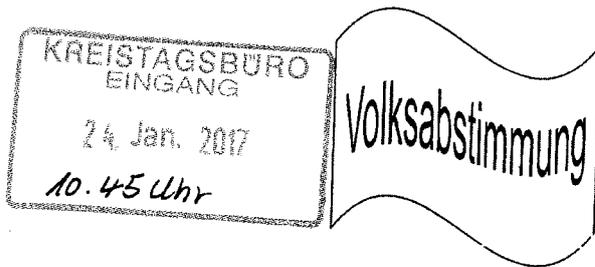
Ausschüttung für Geschäfts- jahr	Gesamtbetrag / EUR	davon Rhein- Sieg-Kreis / EUR
2011	0,00	0,00
2012	7.500.000,00	2.633.250,00
2013	10.000.000,00	3.536.000,00
2014	12.900.000,00	4.616.910,00
2015	12.900.000,00	4.637.550,00

Mit freundlichen Grüßen

(Schuster)
Landrat

Volksabstimmung

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen



Arbeit
Frieden
Freiheit
Gesundheit
Gerechtigkeit

Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@demokratie-durch-volksabstimmung.de

Siegburg, den 24.01.2017

An den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kaiser-Wilhelm-Platz 1
53721 Siegburg

Genehmigung der fürstlichen Gehälter der Chefs der Kreisparkasse Köln - Mit Zustimmung der Verwaltungsratsmitglieder aus dem Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises
Anfrage gemäß § 12 Geschäftsordnung des Rhein-Sieg-Kreises zur nächsten Kreistagssitzung mit der Bitte um schriftliche Bekanntgabe

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster,

ich nehme Bezug auf meine Haushaltsrede am 19.12.2016, in der ich kritisiert habe, dass Sie mit 8 Kollegen hier aus dem Kreistag im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Köln regelmäßig völlig ungerechtfertigt hohen Gehältern der Sparkassenchefs zustimmen, die das Gehalt z.B. der Bundeskanzlerin um ein Vielfaches übersteigen.

Meine Fragen:

1. Sind Sie aufgrund meiner Kritik in der Kreistagssitzung bereits tätig geworden?
Wenn ja, was haben unternommen?
2. Wann ist die nächste Verwaltungsratssitzung der Kreissparkasse Köln?
3. Würden Sie sich bitte zum Anwalt der kleinen Leute, der Menschen mit bescheidenen Einkommen (Menschen in Hartz IV, Rentner, ...) machen, die solche Gehälter mit Kontoführungsgebühren, 2-stelligen Überziehungszinsen usw. finanzieren und bringen das Thema „Gehälter der Chefs der Kreisparkasse“ auf die Tagesordnung der nächsten Verwaltungsratssitzung?
Wenn nicht, bitte ich um Ihre Begründung.
4. Die Kreissparkasse ist m.E. verpflichtet, Gewinne an die Kommunen auszuschütten.
Wie hoch waren die Beträge, die die Kreissparkasse Köln in den letzten 5 Jahren ausgeschüttet hat? Wie wurden die Beträge verteilt?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Fleck
Kreistagsabgeordneter
-Volksabstimmung-

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

Rhein-Sieg-Kreis
Der Landrat
- Amt 53 -

30.01.2017

An
den Kreistagsabgeordneten
Dr. Helmut Fleck

nachrichtlich:

CDU-Kreistagsfraktion
SPD-Kreistagsfraktion
Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN
FDP-Kreistagsfraktion
Kreistagsfraktion DIE LINKE:
AfD-Kreistagsfraktion
Gruppe im Kreistag FUW/Piraten

sowie Kreistagsabgeordnete A. Meise

Anfrage des Kreistagsabgeordneten Dr. H. Fleck vom 24.01.2017

hier: Anschlussvereinbarung mit der Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein- Sieg e.V.

Sehr geehrter Herr Dr. Fleck,
Ihre o.g. Anfrage beantworte ich wie folgt:

1. *Sind Sie meiner Anregung/Aufforderung gefolgt?
Wenn nicht bitte ich um Begründung.*

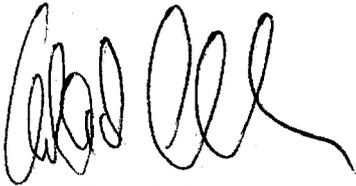
Nein, ich bin Ihrer Anregung, keine Anschlussvereinbarung mit der „Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V.“ zu schließen nicht gefolgt. Es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, der Beschluss des Bau- und Vergabeausschusses war lediglich hinsichtlich der rechtskonformen Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich.

2. *Bei der Beantwortung meiner Fragen 1,2 und 3 der Anfrage vom 06.12.2016 und Ihre Antwort vom 14.12.2016 haben Sie auf verschiedene Institutionen verwiesen.
Haben Sie meine Fragen an die weitergeleitet?
Wenn nicht würden Sie das dann bitte tun?*

Ihre Anfragen habe ich nicht weitergeleitet. Die benannten Institutionen bieten unter ihrem jeweiligen Servicebereich umfassende Informationsmöglichkeiten, denen sich jeder interessierte Bürger bedienen und eigene Recherche betreiben kann.

Die Weiterleitung von Anfragen dieser Art zähle ich nicht zu den Aufgaben der Kreisverwaltung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end.

(Landrat)

Volksabstimmung

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen



Arbeit
Frieden
Freiheit
Gesundheit
Gerechtigkeit

Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@demokratie-durch-volksabstimmung.de

Siegburg, den 24.01.2017

An den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kaiser-Wilhelm-Platz 1
53721 Siegburg

Anschlussvereinbarung mit der Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V.
Anfrage gemäß § 12 Geschäftsordnung des Rhein-Sieg-Kreises zur nächsten
Kreistagssitzung mit der Bitte um schriftliche Bekanntgabe

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster,

ich nehme Bezug auf meine gleichlautende Anfrage vom 06.12.2016, meine Änderungsanträge vom 06.12.2016 zum Haushalt 2017/2018 (Antrag 4) und meine Haushaltsrede am 19.12.2016, in der ich Sie aufgefordert habe, den Beschluss im Finanz- und Kreisausschuss und Kreistag zu stoppen/aufzuheben, 122.000 Euro/Jahr für eine Anschlussvereinbarung mit der „Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V.“ bereitzustellen. Ich habe meinen Änderungsantrag dort auch mit Angabe von Quellen begründet.

Meine Fragen:

1. Sind Sie meiner Anregung/Aufforderung gefolgt?
Wenn nicht, bitte ich um Ihre Begründung.
2. Bei der Beantwortung meiner Fragen 1, 2 und 3 der Anfrage vom 06.12.2016 und Ihre Antwort vom 14.12.2016 haben Sie auf verschiedene Institutionen verwiesen.
Haben Sie meine Fragen an die weitergeleitet?
Wenn nicht, würden Sie das dann bitte tun?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Fleck
Kreistagsabgeordneter
-Volksabstimmung-

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

Rhein-Sieg-Kreis
Der Landrat
- Amt 39 -

13.02.2017

An
die CDU- Kreistagsfraktion

nachrichtlich:

SPD-Kreistagsfraktion
Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN
FDP-Kreistagsfraktion
Kreistagsfraktion DIE LINKE
AfD-Kreistagsfraktion
Gruppe im Kreistag FUW-Piraten

sowie Kreistagsabgeordnete A. Meise und Dr. Fleck

Anfrage der Kreistagsfraktion CDU vom 30.01.2017: Umsetzung der Stallpflicht für Rassegeflügel im Rhein-Sieg-Kreis

Die o.a. Anfrage wurde in der Kreistagssitzung am 30.01.2017 wie folgt beantwortet:

1. *Gab es seit November 2016 Verdachtsfälle der Vogelgrippe Typ H5N8 im Rhein-Sieg-Kreis?*

Es gab keine Verdachtsfälle. Seit Dezember 2016 wurden 15 tot aufgefundene Wildvögel zur Untersuchung eingesandt und mit negativem Ergebnis getestet.

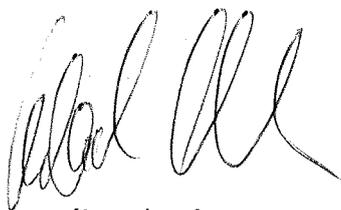
2. *Erteilt das Kreisveterinäramt Ausnahmegenehmigungen für Halter alter und bedrohter Rassen?*

Die von der Kreisverwaltung erlassene Allgemeinverfügung sieht in begründeten Einzelfällen und unter besonderen Auflagen eine Ausnahmegenehmigung von der Aufstallungspflicht für Geflügel vor. Bisher sind keine entsprechenden Anträge bei der Kreisverwaltung eingegangen.

3. *Vorausgesetzt, die landesweite Stallpflicht wird aufgehoben: würden Sie eine Stallpflicht für den Rhein-Sieg-Kreis anordnen?*

Die seit dem 20.12.2016 bestehende landesweite Aufstallungspflicht dient der vorbeugenden Tierseuchenbekämpfung. Nach derzeitiger Seuchenlage im Rhein-Sieg-Kreis und seiner Umgebung würde ich keine Stallpflicht anordnen.

(Anmerkung der Verwaltung: Mit Erlass vom 02.02.2017 wurde die landesweite Stallpflicht für Geflügel weitgehend aufgehoben. Im Rhein-Sieg-Kreis sind nach den Risikokriterien des Landes lediglich noch die Städte Niederkassel und Lohmar von den Sperrmaßnahmen betroffen.)



(Landrat)



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kreishaus
53721 Siegburg

30.01.2017

nachrichtlich:
Fraktionen/Gruppen

Anfrage gem. § 12 GeschO

Umsetzung der Stallpflicht für Rassegeflügel

Sehr geehrter Herr Landrat,
vor dem Hintergrund der Diskussion der Verlängerung der Stallpflicht für Geflügel in NRW über den 31. Januar 2017 hinaus, stelle ich folgende Anfrage und bitte um kurzfristige Beantwortung, möglichst noch in der Kreistagssitzung am 30. Januar.

Seit dem 15. November 2016 herrscht in NRW für Geflügel zunächst eine ortsweise festgesetzte, seit dem 20.12.2016 gar die landesweite Stallpflicht wegen der Vogelgrippe Typ H5N8, die vereinzelt hierzulande aufgetreten ist, vermehrt jedoch bei Wassergeflügel an der deutschen Ostseeküste und am Bodensee.

Während andere Bundesländer nicht zum für die Rassegeflügel- und die Freilandhaltung drastischen Mittel der Aufstallung gegriffen haben, stellt sich angesichts einer angedachten Verlängerung der Stallpflicht über den 31. Januar 2017 hinaus die Frage, wie es für Halter und Tiere weitergeht.

Der zuständige Minister Johannes Remmel (Grüne) - obwohl bislang nur Großmastbetriebe in Delbrück-Westenholz sowie Soest (beide Westfalen) betroffen waren - verletzt die Kriterien der Verhältnismäßigkeit und folgt damit den Empfehlungen des Friedrich-Löffler-Instituts, für das der Schutz der Nutzvogelbestände und damit der Massentierhalter oberste Priorität hat (www.fli.de).

Dieses Institut hält viel umstritten an der These fest, dass die bisherigen Fälle am wahrscheinlichsten durch infizierte Wildvögel übertragen wurden. Dabei sehen Mitglieder des Wissenschaftsforums "Aviäre Influenza" die wahrscheinliche Entstehung in den Verflechtungen der Geflügelwirtschaft. Dieser Auffassung schließt sich auch der Nabu an.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um kurzfristige Beantwortung, möglichst noch in der Kreistagsitzung am 30. Januar 2017:

- 1) Gab es seit November 2016 Verdachtsfälle der Vogelgrippe Typ H5N8 im Rhein-Sieg-Kreis?
- 2) Erteilt das Kreisveterinäramt Ausnahmegenehmigungen für Halter alter und bedrohter Rassen?
- 3) Vorausgesetzt, die landesweite Stallpflicht wird aufgehoben: würden Sie eine Stallpflicht für den Rhein-Sieg-Kreis anordnen?

Mit freundlichen Grüßen,
gez.
Jörg Erich Haselier

f.d.R.
Andreas Grünhage

13. Sitzung des Kreistages am 30.01.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

5	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Wortmeldungen lagen nicht vor. Sodann schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Sebastian Schuster
Vorsitzender

Dirk Kassel
Schriftführer